

# Niederschrift

der IX/5. Sitzung

## Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 4. Dezember 2014  
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr  
Sitzungsende: 20:00 Uhr  
Sitzungsort: Kleiner Saal der Stadthalle in Schmallenberg

### Anwesende:

#### **Vorsitzender**

Bürgermeister Bernhard Halbe

#### **Stadtvertreter**

Dietmar Albers  
Guido Altenhoff  
Hans-Georg Bette  
Markus Bette  
Horst Broeske  
Alfons Brüggemann  
Dieter Eickelmann  
Rudolf Ewers  
Willi Ewers  
Ralf Fischer  
Michael Franke  
Hartmut Fust  
Hubertus Guntermann  
Franz-Josef Hellermann  
Hubertus Heuel  
Gerd Kaspari  
Franz-Josef Klauke  
Christoph Klostermann  
Siegfried Knoche  
Katja Lutter  
Jürgen Meyer  
Johannes Müller  
Maike Ochsenfeld  
Franz-Josef Pape  
Friedhelm Pape  
Ludwig Poggel  
Josef Rinke  
Heinz-Josef Rötze  
Jörg Schirrey  
Bernd Schrewe  
Meinolf Sternberg  
Friedrich Freiherr von Weichs  
Werner Voss  
Dietmar Weber

ab 17:35 Uhr während TOP 3 ö. T.

ab 17:50 Uhr während TOP 3 ö. T.

Wilfried Welfens  
Stefan Wiese  
Jens Winkelmann

### Von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Burkhard König  
Technischer Beigeordneter Andreas Dicke  
Stadtoberamtsrätin Nicole Mette  
Jugendamtsleiter Ludger Frisse  
Stadtangestellter Helmut Hentschel

zu TOP 8 und 9 ö. T.  
zu TOP 3 ö. T.

### Schriftführerin

Stadtoberinspektorin Anja Lingemann

### Entschuldigt fehlt

Christa Wolter

Zur Tagesordnung stehen:

| <b>A    ÖFFENTLICHER TEIL</b>                                                                                                                                                                                                                                                             | Vorlage: |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1.        Einwohnerfragestunde                                                                                                                                                                                                                                                            |          |
| 2.        Forstwirtschaftsplanentwurf 2015 für den Stadtwald Schmallenberg<br>und den Ortswald Nordenau                                                                                                                                                                                   | IX/103   |
| 3.        Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für<br>das Haushaltsjahr 2015 und Beschluss<br>a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015<br>b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2016 - 2018<br>c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2015 | IX/162   |
| 4.        Wirtschaftsplanentwürfe der Stadtwerke Schmallenberg - Betriebs-<br>zweige Wasserversorgung, Stadtentwässerung und Bürgerbus-<br>verkehr - für das Wirtschaftsjahr 2015                                                                                                         | IX/116   |
| 5.        Entwurf der Stellungnahme der Stadt Schmallenberg zum Entwurf<br>des Teilplans Energie im Regionalplan Arnsberg                                                                                                                                                                 | IX/146   |
| 6.        Einrichtung des Gemeinsamen Lernen an allgemein bildenden<br>Schulen der Stadt Schmallenberg                                                                                                                                                                                    | IX/160   |
| 7.        SauerlandBAD GmbH<br>- Anpassung des Betriebsführungsentgeltes und Änderung des<br>Betriebsführungsvertrag                                                                                                                                                                      | IX/137   |
| 8.        Erlass einer 3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt<br>Schmallenberg für die Erhebung von Elternbeiträgen für die<br>Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder und die Inanspruch-<br>nahme von Leistungen der Kindertagespflege                                           | IX/128   |

- |     |                                                                                                                                                                   |        |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| 9.  | Auf- und Ausbau des Netzwerkes Frühe Hilfen                                                                                                                       | IX/130 |
| 10. | Dreistufiges ABC-Konzept auf Kreis-, Stadt- und Standortebebene                                                                                                   | IX/165 |
| 11. | Änderung des Rezesses der Umlegung der Grundstücke der Feldmarken Arpe-Kückelheim -A 289- vom 06.12.1924                                                          | IX/150 |
| 12. | Änderung des Rezesses in der Umlegungssache Westfeld vom 06.12.1933 - Az. W 533<br>- Satzungsbeschluss                                                            | IX/159 |
| 13. | Überörtliche Prüfung der Stadt Schmallenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW                                                                                | IX/167 |
| 14. | Jahresabschluss 2013<br>a) Feststellung des Jahresabschlusses<br>b) Verwendung des Jahresergebnisses<br>c) Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW | IX/157 |
| 15. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 3. Quartal 2014                                                                                        | IX/133 |
| 16. | Verschiedenes                                                                                                                                                     |        |

## **B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL**

Vorlage:

- |    |                                                                                                |        |
|----|------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| 1. | Abschluss eines Pachtvertrages mit der Akademie Bad Fredeburg Bewirtschaftungsgesellschaft mbH | IX/138 |
| 2. | Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Schmallenberg zum 31.12.2014<br>- Auftragsvergabe      | IX/156 |
| 3. | Anschaffung einer gebrauchten-/Vorführdrehleiter vom Typ DLA(K) 23/12 mit Gelenk               | IX/169 |
| 4. | Verschiedenes                                                                                  |        |

Bürgermeister Halbe eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

## **A. ÖFFENTLICHER TEIL**

### **TOP 1      Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

### **TOP 2      Forstwirtschaftsplanentwurf 2015 für den Stadtwald Schmallenberg und den Ortswald Nordenau**

IX/103

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung in den Bezirksausschüssen Bad Fredeburg, Bödefeld und Schmallenberg sowie im Haupt- und Finanzausschuss.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig den Forstwirtschaftsplan 2015 in der vorgelegten Fassung.

**TOP 3      Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2015 und Beschluss**  
**a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**  
**b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2016 - 2018**  
**c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2015** **IX/162**

Bürgermeister Halbe führt aus, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit seinen Bestandteilen und Anlagen für das Haushaltsjahr 2015 am 28.10.2014 von ihm in den Rat eingebracht worden sei. Mit Vorlage IX/162 vom 20.11.2014 habe er den Entwurf der Haushaltssatzung der aktuellen Entwicklung angepasst. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließe der Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015 im

|                                       |              |
|---------------------------------------|--------------|
| Ergebnisplan mit Erträgen in Höhe von | 43.796.500 € |
| und Aufwendungen in Höhe von          | 45.251.500 € |
| also einem Saldo von                  | -1.455.000 € |

|                                              |              |
|----------------------------------------------|--------------|
| und im Finanzplan                            |              |
| aus laufender Verwaltungstätigkeit           |              |
| mit Einzahlungen in Höhe von                 | 40.342.300 € |
| und Auszahlungen in Höhe von                 | 41.424.600 € |
| also einem Saldo von                         | -1.082.300 € |
| aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit |              |
| mit Einzahlungen in Höhe von                 | 6.992.000 €  |
| und Auszahlungen in Höhe von                 | 9.155.700 €  |
| also einem Saldo von                         | -2.163.700 € |
| ab.                                          |              |

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans belaufe sich neu auf 1.455.000 €. Kredite seien nicht veranschlagt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen mit 10.000 € sowie der Höchstbetrag der Kassenkredite mit 2.500.000 € werde unverändert vorgeschlagen.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2015 ebenfalls gegenüber dem Entwurf unverändert

|                               |          |
|-------------------------------|----------|
| für die Grundsteuer A mit     | 213 v.H. |
| für die Grundsteuer B mit     | 421 v.H. |
| und für die Gewerbesteuer mit | 414 v.H. |
| vorgeschlagen.                |          |

Im Anschluss an die einleitenden Worte von Bürgermeister Halbe tragen die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von CDU, UWG, BFS, SPD und B'90/Die Grünen ihre Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf 2015 vor.

Zunächst trägt Herr Wiese für die UWG-Fraktion die Haushaltsrede vor, anschließend Herr Klauke für die BFS-Fraktion, Herr Welfens für die SPD-Fraktion, Herr Meyer für die B'90/Die Grünen-Fraktion und Herr Poggel für die CDU-Fraktion.

Die Redemanuskripte sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 - 5 beigelegt. Die vorgetragenen Worte können im Einzelnen davon abweichen.

Anschließend werden die Änderungsanträge der Fraktionen in der Reihenfolge der Produkte zur Diskussion und Abstimmung gestellt.

#### **Produkt 11.01.01**

#### **Pauschale Kürzung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für den Rat, die Ausschüsse, Ortsvorsteher und die Verwaltungsspitze um 10 % ab 2015, 20.000 € Antrag der BFS-Fraktion**

Herr Halbe führt aus, dass der Antrag gegen geltendes Recht verstoße. Gem. § 45 Abs. 7 Gemeindeordnung (GO) NRW bestimme das für Inneres zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung 1.) die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung sowie die Höhe der Sitzungsgelder, 2.) die Fahrtkostenerstattung und den Ersatz von Auslagen neben der Aufwandsentschädigung. Dies habe das Ministerium in der Entschädigungsverordnung geregelt. Der Rat habe hinsichtlich der Aufwandsentschädigung nur ein Wahlrecht zwischen ausschließlich monatlichem Pauschalbetrag oder zugleich monatlichem Pauschalbetrag und Sitzungsgeld. Die Höhe der Beträge sei durch die Entschädigungsverordnung festgesetzt. Herr Halbe fragt vor dem Hintergrund dieser Darstellung, ob die BFS-Fraktion den Antrag aufrechterhalten möchte.

Herr Franz-Josef Pape stellt die Frage, ob freiwillig auf Teile der Aufwandsentschädigung verzichtet werden könne. Die Gemeinde Eslohe habe die Aufwandsentschädigung für Ortsvorsteher gesenkt. Dies sei ein Punkt gewesen, der die BFS-Fraktion zu dem Antrag bewogen habe. Wenn der Bürgermeister nun sage, dass man nicht unter den Sätze bleiben und auch nicht verzichten dürfe, werde die BFS-Fraktion den Antrag zurückziehen.

Herr Halbe zitiert aus der Kommentierung zu § 45 GO NRW von Rehn/Cronauge/von Lennep/Knirsch: "Der Rat hat jetzt kein Entscheidungsrecht mehr über die Höhe der Aufwandsentschädigungen. Diese setzt das Innenministerium gem. Abs. 7 verbindlich fest."

Herr Franz-Josef Pape erklärt, wenn das so sei, ziehe die BFS-Fraktion den Antrag zurück.

Herr Poggel gibt den Hinweis, dass vielleicht das Wort "Spende" hier hilfreich sein könne.

#### **Produkt 21.01.02/21.01.04**

#### **Erneuerung des Kleinspielfeldes am Schulzentrum Schmallenberg, 35.000 € Antrag der UWG-Fraktion**

Herr Halbe richtet die folgende Nachfrage an Herrn Herr Wiese. Die Verwaltung habe den Antrag so verstanden, dass es nicht um das Kleinspielfeld gehe, sondern um die Spielfläche unterhalb der Hauptschule in Richtung der Mehrfamilienhäuser.

Herr Wiese stellt dar, dass es wenig Alternativen im sportlichen Bereich gebe. Die Turnhalle am Schulzentrum Schmallenberg sei derzeit nicht nutzbar. Im Hinblick auf die Ganztagsbetreuung an der Hauptschule sei dies eine Alternative. In Eslohe habe er gesehen, dass dieses Angebot gut angenommen werde. Er verspreche sich mehr Alternativen für Schüler der Ganztags Hauptschule durch ein solches Kleinspielfeld, natürlich in Absprache mit dem

Gymnasium. Die Ganztagsqualität für die Schüler könne damit angehoben werden. Am Nachmittag könne man Kindern und Jugendlichen die Fläche als Bolzplatz zur Verfügung stellen. So habe man zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Schön wäre, wenn auch noch Leader-Fördermittel zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Poggel führt aus, dass sich am Schulzentrum Bad Fredeburg das gleiche Thema stelle. Er gibt zu bedenken, dass dann weitere Begehrlichkeiten kommen könnten. Weiter erinnert er an die Maßnahme "Dorfmittelpunkt Dorlar". Unter diesem Gesichtspunkt seien die Kosten im Auge zu behalten. Er erwähnt, dass ohnehin eine Sanierung des Schulumfeldes anstehe.

Herr Dicke teilt mit, dass eine Überplanung des Schulhofes durchgeführt werden solle. Dies wäre eine Möglichkeit, das Kleinspielfeld aufzunehmen.

Herr Wiese bittet zu klären, inwieweit Leader mit ins Boot geholt werden könne und spricht die Möglichkeit der Gespräche mit dem DFB an. Er spricht sich dafür aus, die Erneuerung des Kleinspielfeldes mit in die Gesamtkonzeption der Schulhöfe einzubeziehen.

Herr Halbe fasst abschließend zusammen, dass an beiden Schulzentren Umfeldgestaltungen anstehen. Die Frage der Erneuerung des Kleinspielfeldes soll in die für 2015 vorgesehenen Planungen einbezogen werden. Er stellt fest, dass der Punkt damit nicht haushaltsrelevant sei.

## **Produktbereich 21.01**

### **Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des sanierten Schulzentrums in Schmallenberg**

#### **Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion**

Herr Halbe informiert, dass den Ratsmitgliedern zu diesem Punkt die Vorlage IX/168 "Errichtung von Photovoltaikanlagen auf dem Dach des Schulzentrum Schmallenberg und des Feuerwehrgerätehauses in Gleidorf" vorgelegt worden sei mit dem Vorschlag, diese Vorlage in die Haushaltsplanberatungen einzubeziehen. Er weist darauf hin, dass die Meinung in der Verwaltung zur Vorlage nicht ganz einheitlich sei.

Herr Meyer findet es gut, dass das Thema aufgearbeitet worden und nun zu sehen sei, dass die Wirtschaftlichkeit gegeben sei. Schwierig scheine die Anfangsinvestition zu sein.

Herr Wiese nimmt Bezug auf Gespräche mit Vorfeld mit Kämmerer König. Dort sei signalisiert worden, dass Gelder von der Stadt nicht zur Verfügung gestellt werden. Es stelle sich die Frage, ob sich die Verwaltung mit der Stadtparkasse in Verbindung setzt, um auf Genossenschaftsebene etwas zustande zu bringen.

Herr Franz-Josef Pape erwähnt als weitere Alternative eine eigene Gesellschaft bzw. die Stadtwerke, bei denen auch der Bürgerbus angebunden sei. Er regt an, zu prüfen, den Betrieb einer Photovoltaik-Anlage in einer eigenen Gesellschaft oder einer bestehenden Gesellschaft unterzubringen. Der Zinssatz sei zurzeit günstig und die Wirtschaftlichkeit sei nachgewiesen.

Herr Poggel legt dar, dass aus Sicht der CDU-Fraktion einige Risiken vorhanden seien. Das Geld dafür sei zurzeit nicht vorhanden. In der Vorlage gebe es unterschiedliche Auffassungen. Die CDU-Fraktion würde der Vorlage heute so nicht zustimmen.

Herr Heuel spricht das Thema Wirtschaftlichkeit an. Ob über 14 Jahre eine Wirtschaftlichkeit gegeben sei, sei mit Fragezeichen zu versehen. In der Ausarbeitung von Herrn Hentschel seien viele Fragezeichen enthalten, z. B. bei den Punkten Investition, angesetzter Eigenverbrauch, Gewährleistung des Daches, Blitzschutz, Überspannungsschutz. Die Vorlage sei

ihm zurzeit nicht nachvollziehbar genug. Er regt an, das Thema näher zu untersuchen und zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu beraten.

Herr Meyer stellt die Frage, ob zu den von Herrn Heuel angesprochenen Fragezeichen Herr Hentschel gehört werden könne.

Herr Hentschel erklärt zunächst, dass er als Zuhörer zur Sitzung gekommen sei. Er führt aus, dass die Fragen von Herrn Heuel berechtigt seien. Da müsse es Anpassungen geben. Das in der Vorlage Dargelegte sei eine Einschätzung, keine Planung. In der Analyse seien eine Menge Risiken genannt, aber der Ansatz bewege sich auf der konservativen Seite, somit an der unteren Grenze.

Herr Heuel gibt die Sorge um eine Brandgefahr der Photovoltaik-Anlage zu bedenken. Hinsichtlich der Anforderungen gelte es eine hohe Qualität zu haben und das gehe in die Kosten. Er sei der Meinung, dass es vor der Planung der Ausschreibung interessant sei, Informationsangebote einzuholen, um gesicherte Zahlen zu haben.

Herr Franz-Josef Pape erwähnt, dass die Abfallgesellschaft des Hochsauerlandkreises bei einer Ausschreibung bestimmte Erträge vorgegeben habe. Vielleicht könne sich die Verwaltung beim Hochsauerlandkreis nach diesem Verfahren erkundigen.

Herr König erklärt, dass er ein generelles Problem mit einer Investition von 100.000 € habe. Zur Stärkung der Finanzkraft seien die Beiträge angehoben worden. Es stelle sich die Frage, ob man es verantworten könne, dass die Rentabilität bei 13 - 14 Jahren liegt. 35.000 € Ertrag über 20 Jahre höre sich zunächst interessant an, aber man müsse auch die Inflationsbedingungen sehen und die Ertragssteuer des Finanzamtes. Eine Photovoltaik-Anlage für Steuerzahler halte er für kaum tragbar, da sämtliche Risiken im städtischen Haushalt seien.

Herr Weber möchte den Vorschlag von Herrn Wiese über eine Bürger-Photovoltaik-Anlage aufgreifen. So könne Bürgern der Altstadt die Möglichkeit gegeben werden, in eine Photovoltaik-Anlage zu investieren. Er spricht sich dafür aus, einen Anlauf zu machen und zu schauen, ob Interesse besteht, auf privatrechtlicher Basis etwas hinzubekommen.

Herr Hentschel stellt dar, dass die Wirtschaftlichkeit einer Photovoltaik-Anlage nur bei hohem Eigenverbrauch funktioniere. Dabei sei zu berücksichtigen, dass Betreiber und Verbraucher deckungsgleich sein müssen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Halbe den Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion zur Abstimmung.

Bei 2 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen wird der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion, 100.000 € für die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des sanierten Schulzentrums in Schmallenberg in den Haushalt 2015 einzustellen, mehrheitlich abgelehnt.

#### **Produkt 25.01.01**

**Budget für das Kulturbüro in Höhe von mindestens 10.000 €**

**Konzept zur Umsetzung des Kulturentwicklungsplanes, 30.000 €**

**Anträge der B'90/Die Grünen-Fraktion**

Herr Halbe übergibt das Wort an Frau Mette, die folgende, bereits im Haushalt 2015 für den Bereich Kultur eingestellten Mittel erläutert: 1.000 € für die Unterhaltung von Kunstwerken, 6.000 € für die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, 3.000 € für Veranstaltungen.

gen/Maßnahmen zum Zwecke kultureller Bildung, 125.000 € für "Textile", 7.000 € für die Kulturentwicklungsplanung, 11.000 € für Heimatblätter, -bücher, Musikveranstaltungen, kulturelle Vereine.

Herr Meyer fragt, ob die Beträge aufgrund des Antrages der B'90/Die Grünen-Fraktion eingestellt worden seien.

Frau Mette führt aus, dass die Beträge von Frau Dr. Brockmann im August/September 2014 mitgeteilt worden seien.

Herr Halbe ergänzt, dass diese Beträge im ersten Entwurf nicht enthalten gewesen seien. Nach Mitteilung von Frau Dr. Brockmann seien diese dann aufgenommen worden.

Herr Meyer erklärt, dass sich der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion damit erledigt habe.

#### **Produkt 25.01.01/57.01.02**

**Auslagerung/Einrichtung eines externen gemeinsamen Büros für Tourismus und Kultur im stark frequentierten Fußgängerbereich in Schmallenberg**  
**Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion**

Herr Halbe stellt fest, dass der Antrag nicht haushaltswirksam sei.

Herr Meyer teilt mit, dass dies ein Vorschlag sei.

#### **Produkt 25.01.01**

**30.000 € für Arbeiten am Parkplatz an der Schützenhalle in Kirchrarbach**  
**Antrag BFS-Fraktion**

Herr Rudolf Ewers führt aus, dass es sich um einen Antrag der Dorfgemeinschaft Kirchrarbach handle. Der Platz im Dorfmittelpunkt sei in einem schlechten Zustand. Im nächsten Jahr finde in Kirchrarbach das Stadtschützenfest statt. Deshalb sei der Antrag der Dorfgemeinschaft gekommen, den er weitergeleitet habe. Er weist auf die Eigenleistung der Bürger hin, dass müsse in Bad Fredeburg erst mal geschafft werden.

Hierzu erklärt Herr Poggel, dass der Parkplatz oberhalb der Schützenhalle in Bad Fredeburg von der Schützenbruderschaft erstellt worden sei.

Der Antrag der BFS-Fraktion, 30.000 € für Arbeiten am Parkplatz an der Schützenhalle in Kirchrarbach in den Haushalt 2015 einzustellen, wird bei 11 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

#### **Produkt 25.01.01**

**Verschiebung Investitionszuschuss Dorfgemeinschaftshaus Huxel von 2015 nach 2016, 30.000 €**  
**Antrag SPD-Fraktion**

Auf Nachfrage von Herrn Welfens, ob Dorferneuerungsmittel für diese Investition verfügbar seien, berichtet Herr Halbe, dass die Versammlung von Leader-Region "4 mitten im Sauerland" e. V. in der letzten Woche stattgefunden habe. Dort seien auch Vertreter von Huxel gewesen. Wenn es zu einer Leader-Förderung käme, betrage der Fördersatz 65 %. Jedoch

sei derzeit noch die Frage der weiteren Fortführung der Leader-Region "4 mitten im Sauerland" offen.

Herr Poggel gibt zu bedenken, dass Huxel kein eigenes Gebäude für Bürger habe. Die Bürger würden es richtig finden, ein Dorfgemeinschaftshaus einzurichten. Er bittet, hier keinen Sperrklotz aufzubauen.

Herr Wiese fragt, ob für den Fall, dass die Stadt Mittel zur Verfügung stellt, es noch möglich sei, Leader-Mittel zu erhalten.

Herr Halbe erklärt, dass Mittel im Haushalt bereitgestellt werden, ohne dass es eine Förderzusage gebe.

Herr Welfens bedankt sich für die Information. Der Antrag der SPD-Fraktion sei ein Versuch gewesen, zu Einsparungen beizutragen. Die Information sei nun da und die SPD-Fraktion ziehe den Antrag zurück.

### **Produkt 42.01.02**

#### **Investition SauerlandBAD zur Senkung des Energieaufwandes, 100.000 €**

##### **Antrag UWG-Fraktion**

Herr Wiese führt aus, dass die UWG-Fraktion den Antrag zurückziehe, da sie weiteren Beratungsbedarf im Beirat sehe.

Herr Poggel unterbreitet den Vorschlag, Mittel in Höhe von 20.000 € bereitzustellen. Darauf hätte sich die CDU-Fraktion verständigen können, um gemeinsam eine Senkung des Energieaufwandes zu erarbeiten.

Herr Eickelmann erklärt, dass 20.000 € durch Maßnahmen belegt werden können und hier beschlossen werden sollen. Bisher begonnene Maßnahmen sollten fortgesetzt werden und mit der Bereitstellung der Mittel heute ein Signal gesetzt werden.

Herr Heuel führt aus, dass im Beirat diskutiert worden sei, im Jahr 2015 eine Analyse für den technischen Bereich zu erstellen. Das Thema sollte angegangen werden und Mittel von 20.000 € eingestellt werden, um für jede einzelne Maßnahme belastbare Zahlen zu haben, was die Wirtschaftlichkeit angehe.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, in den Haushalt 2015 Mittel in Höhe von 20.000 € für Maßnahmen zur Senkung des Energieaufwandes des SauerlandBADes einzustellen.

### **Produkt 54.01.01**

#### **Verschiebung Ausbau Straße "Auf der Lake/Im Brauke", Schmallenberg von 2015 nach 2016, 280.000 €**

##### **Antrag SPD-Fraktion**

Als Begründung für den Antrag erklärt Herr Welfens, dass der Ausbau dieser Straße nicht notwendig sei.

Herr Franz-Josef Pape führt aus, dass der 1. Abschnitt fertig und es sachlich nicht begründet sei, den weiteren Ausbau um ein Jahr zu verschieben.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ausbau der Straße "Auf der Lake/Im Brauke" in Schmallenberg von 2015 nach 2016 zu verschieben (280.000 €) wird bei 4 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

**Produkt 54.01.02**

**Bessere Kennzeichnung des Radwegenetzes im Stadtgebiet, 5.000 €**

**Antrag der UWG-Fraktion**

Herr König teilt mit, dass unter den Positionen "Verkehrsschilder" 13.000 € und "Wegweisung" 10.000 € im Haushalt 2015 enthalten seien. Mit diesen Mitteln könne die Kennzeichnung des Radwegenetzes umgesetzt werden.

Herr Wiese erklärt, wenn das so gemacht werde, sei das in Ordnung.

Herr Halbe stellt fest, dass also keine zusätzlichen Mittel im Haushalt 2015 bereitgestellt werden.

**Produkt 56.01.01**

**Einrichtung einer Dauer-Planstelle "Klimaschutzmanager" im Amt für Stadtentwicklung**

**Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion**

Herr Meyer führt in seiner Begründung aus, dass die Stadt Schmallenberg noch Klimakommune sei. Er weist darauf hin, dass der Rat die zuvor diskutierte Vorlage IX/168 "Errichtung von Photovoltaikanlagen auf dem Dach des Schulzentrum Schmallenberg und des Feuerwehrgerätehauses in Gleidorf" nicht bekommen hätte, wenn die Stadt eine solche Fachkraft nicht hätte. Den Titel "Klimakommune" könne man dann abgeben, wenn man die Stelle eines Klimamanagers nicht mit Finanzmittel ausstatte.

Herr Eickelmann legt dar, dass Herr Hentschel gute Arbeit geleistet habe. Er spricht sich dafür aus, aus Fixkosten variable Kosten zu machen und im Bedarfsfall einen Externen zu beauftragen.

Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion, eine Dauer-Planstelle "Klimaschutzmanager" im Amt für Stadtentwicklung einzurichten, wird bei 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

**Produkt 61.01.01**

**Verzicht auf Steuererhöhungen, 140.000 €**

**Antrag der BFS-Fraktion**

**Antrag der SPD-Fraktion**

**Einsparziele/Erarbeitung Einsparpotenziale bei Sach- und Personalkosten, Zielgröße: 2,5 % auf die jetzigen Haushaltsansätze**

**Antrag der UWG-Fraktion**

**Überprüfung der Personalkosten auf Einsparpotenziale mit dem mittelfristigen Ziel, diese auf 20 % des Haushaltsvolumens zu begrenzen**  
**Antrag der BFS-Fraktion**

Herr Halbe ruft zunächst die Anträge der Fraktionen von BFS und SPD auf Verzicht von Steuererhöhungen auf.

Herr Wiese findet die Reihenfolge der Beratungspunkte belastend. Zum Vorschlag der UWG-Fraktion, eine 2,5 %ige Einsparung bei den Sach- und Personalkosten vorzunehmen, wollte die UWG-Fraktion den Willen dazu vom Verhalten zu den Steuererhöhungen abhängig machen.

Auf Vorschlag von Herrn Halbe werden sodann die Anträge der UWG-Fraktion auf Erarbeitung von Einsparpotenzialen bei Sach- und Personalkosten mit der Zielegröße von 2,5 % auf die jetzigen Haushaltsansätze und der BFS-Fraktion auf Überprüfung der Personalkosten auf Einsparpotenziale mit dem mittelfristigen Ziel, diese auf 20 % des Haushaltsvolumens zu begrenzen, mit in die Diskussion einbezogen.

Herr Wiese erläutert den Antrag der UWG-Fraktion. Diese wolle, dass der Haupt- und Finanzausschuss mit der Zielvorgabe antritt und mit dem Kämmerer über Einsparungen berät.

Herr Poggel findet den Ansatz richtig, kann aber der Senkung um 2,5 % konkret bezogen auf die Sach- und Personalkosten nicht zustimmen. Zustimmung könne die CDU-Fraktion jedoch dem Versuch, ähnlich wie beim Haushaltsstrukturkonzept im Jahr 2005, alle Positionen im Haushalt zu überdenken. Dies würde er zum Antrag erheben.

Herr Franz-Josef Pape führt aus, dass die BFS-Fraktion an Gemeinsamkeit interessiert sei. Deshalb solle im Haupt- und Finanzausschuss gemeinsam beraten werden und 1.) die Personalkosten auf Einsparpotenziale überprüft und 2.) Wege aufgezeigt werden, die Personalkosten mittelfristig auf 20 % des Haushaltsvolumens zu begrenzen.

Herr Poggel möchte Einsparungen nicht allein auf Personal- und Sachkosten bezogen sehen, sondern man solle den Haushalt generell überdenken.

Herr Eickelmann glaubt, dass Steuererhöhungen vor den Bürger eher gerechtfertigt werden können, wenn Einsparungen ernsthaft vorgenommen werden. Um dem Einsparwillen Verbindlichkeit beizulegen, solle der Beschluss entsprechend gefasst werden.

Herr König legt dar, dass er in der Vorlage zur Einbringung des Haushalts (Vorlage IX/151) darauf hingewiesen habe, dass er Einsparvorschläge für notwendig erachte. Dazu habe er vorgeschlagen, die Personalkosten auf dem Planungsstand 2014 zu beschränken und alle Produkte auf Einsparmöglichkeiten zu prüfen unter Berücksichtigung der Prüfliste des Bundes der Steuerzahler.

Herr Halbe führt zu den Personalkosten aus, dass diese auch von natürlicher Fluktuation abhängig seien. Im nächsten Jahr werde Herr Schöttler ausscheiden. Für die Jahre 2016 und 2017 seien keine Eintritt in den Ruhestand zu erwarten, so dass ein zeitlich angemessener Vorlauf da sei, um Maßnahmen zu treffen.

Herr Eickelmann erklärt, dass es um eine Größenordnung von 500.000 € bzw. eine Einsparung von 2,5 % gehe. Wichtig sei ihm, eine Verbindlichkeit da reinzubringen sowie Druck, damit etwas erreicht werde.

Herr Hans-Georg Bette findet es wichtig, dass sich der Rat auf eine gemeinsame Zielsetzung verständige. Er vertrete die Auffassung, wenn man über ein Haushaltsstrukturkonzept spreche, sollte man alle Stellschrauben einbeziehen. Aber alleine mit Sparen werde man es nicht schaffen, die Lücken zu schließen. Er trete dafür ein, sich gemeinsam dem Thema Sparen zu widmen, aber heute nicht verbindliche Beträge festzusetzen. Damit setze man sich selbst unter Zugzwang.

Herr Poggel gibt den Ausführungen von Herrn Bette Recht und spricht sich ebenfalls dafür aus, heute keine konkrete Festlegung zu treffen. Er erinnert daran, dass 2005 das Haushaltsstrukturkonzept ebenfalls ohne Festlegung über 1 Mio. € an Einsparungen gebracht habe. Die Zielsetzung und die Ernsthaftigkeit dürften klar sein.

Herr Franz-Josef Pape stellt dar, dass die BFS-Fraktion Mindestziele setzen wolle, um Druck aufzubauen und eine Verbindlichkeit zu haben, um so auch den Bürgern sagen zu können, wo Geld eingespart werde.

Herr von Weichs weist darauf hin, dass heute der Haushalt 2015 beschlossen werde. Das schließe ein, dass die geplanten Einnahmen und Ausgaben konkret beschlossen werden. Bei den Anträgen von UWG und BFS stelle sich bilanztechnisch die Frage, wie die "Einsparungen" gebucht werden sollen.

Herr Eickelmann berichtet, dass der Kreiskämmerer dies in den Kreishaushalt eingestellt habe. Es gehe darum, ein Ziel zu formulieren, der Wille sei ja bei allen Fraktionen da.

Herr König knüpft an die Ausführungen von Herrn von Weichs an und führt aus, dass man eine Einsparsumme von 500.000 € nicht als Ertragsposition in den Haushalt einstellen könne. Er stellt die Frage, wo dies geschehen solle. Man würde damit in die Produkte eingreifen. Sein Wunsch sei, zu sagen, man wolle sparen und gehe das Konkrete dann in den nächsten Sitzungen an. Anhand einer Liste könne man die Positionen durchgehen und dann weitersehen.

Herr Weber ist verwundert, dass es Mittel wie eine Haushaltssperre gibt, jetzt aber für die Einsparungen keine Möglichkeiten gesehen werden. Vielleicht könne ein Kompromiss gefunden werden.

Herr Halbe stellt die Frage in Richtung UWG-Fraktion, dass eine 2,5 %ige Einsparung 1 Mio. € bedeute. Herr Eickelmann antwortet, dass eine Einsparung von 2,5 % ein Betrag von 500.000 € bedeute.

Herr Fischer regt an, dass vielleicht ähnlich einer Lösung vor Gericht ein "Vergleich" gefunden werden könne. Sein Vorschlag sei daher, einen ergänzenden Beschluss zur Haushaltsatzung zu fassen.

Herr Poggel wirbt dafür, den Beschluss allgemein zu halten und nicht eine konkrete Einsparung von 2,5 % bei den Sach- und Personalkosten zu beschließen. Das damalige Haushaltsstrukturkonzept im Jahr 2005 habe Einsparungen in Höhe von 1 Mio. € gebracht. Er bittet, den Punkt zur Abstimmung zu stellen.

Herr Meyer gibt Herr Poggel Recht und erklärt, dass Personaleinsparungen auch eingeschränkte Öffnungszeiten und einen eingeschränkten Service bedeute. Er schlägt vor, die Kosten durchzusehen, ohne eine konkrete Vorgabe.

Herr Broeske regt an, den Vorschlag von Herrn Fischer zur Abstimmung zu stellen.

Herr Halbe formuliert daraufhin folgenden Beschlussvorschlag: Der Rat sieht die Notwendigkeit, besonders die Haushaltspositionen im Bereich Sachleistungen und Personalkosten, auf

Einsparungen umfassend zu überprüfen. Dies soll beginnen mit der Festlegung der genauen Vorgehensweise in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Eickelmann findet diesen Beschlussvorschlag zu unverbindlich. Er vermisse, dass 2015 angestrebt werde, ein Einsparvolumen von 500.000 € zu erreichen.

Herr Halbe gibt zu bedenken, dass dafür eine Reihe von Ratsbeschlüssen, die eine Förderung beinhalten, geändert werden müsse. Er tritt dem Eindruck entgegen, dass der Haushalt erhebliche freie Mittel enthalte. Wenn das von Herrn Eickelmann Dargestellte erreicht werden solle, müsse man sehr klar Abstriche vornehmen. Er rät davon ab, Einsparziele in mengenmäßiger Dimension zu beschließen.

Herr Eickelmann bemerkt, dass viel Knetmasse im Haushalt zu sein scheine.

Herr König verwehrt sich gegen die Bemerkung von Herrn Eickelmann. Nach Durchsicht der Jahresrechnungen sei festgestellt worden, dass es immer Sondereffekte, die nicht planbar gewesen seien, gegeben habe. Eine sog. "Haushalts-Reserve" sei recht knapp gefasst.

Herr von Weichs beantragt über den Antrag von Herrn Poggel abzustimmen.

Herr Poggel konkretisiert seinen Antrag dahingehend, dass Einsparpotenziale im Bereich der Personal- und Sachkosten erarbeitet werden.

Herr Halbe formuliert dann abschließend einen Beschlussvorschlag und stellt diesen zur Abstimmung.

Bei einer Gegenstimme beschließt die Stadtvertretung mehrheitlich, dass sich die Stadtvertretung dafür ausspricht, mögliche Einsparpotenziale im Bereich der Sach- und Personalkosten zu erarbeiten. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zur Vorgehensweise zur ersten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Jahr 2015 vorzulegen.

Die Anträge der BFS-Fraktion und der SPD-Fraktion, auf Steuererhöhungen zu verzichten, werden bei 9 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

#### **Produkt 57.02.02/57.02.03**

#### **Konzept zur Vermarktung der städtischen Hallen**

#### **Antrag der UWG-Fraktion**

#### **Produkt 57.02.02/57.02.03**

#### **Einrichtung einer Stelle/Fachkraft für Veranstaltungsmanagement für die Stadthalle Schmallenberg und den Kursaal Bad Fredeburg**

#### **Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion**

#### **Produkt 57.02.02/57.02.03**

#### **Chancen- und Risikoevaluation im Zusammenhang mit den geplanten Sanierungen der Stadthalle Schmallenberg und des Kursaals Bad Fredeburg**

#### **Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion**

Herr Wiese erläutert den Antrag der UWG-Fraktion und bezieht sich zunächst darauf, dass für die Stadthalle 2016 ein Planungsansatz von 30.000 € vorgesehen ist. Er ist der Meinung, dass jedoch im Vorfeld das Eine oder Andere passieren müsse.

Herr König informiert, dass das Kurhaus in Bad Fredeburg zuerst anstehe und dafür für das Jahr 2015 ein Planungsansatz von 30.000 € vorgesehen sei. Zudem seien für die Sanierung der Stadthalle und des Kurhauses Anträge auf Städtebaufördermittel gestellt. Mit Prof. Valjak, Honorarprofessor für Veranstaltungsmanagement, als Berater habe sich die Verwaltung fachkundige Hilfe geholt. Auf Basis eines heutigen Gespräches mit Prof. Valjak werde es einen Plan geben. Für Anfang Februar 2015 sei ein Termin vorgesehen, an dem sich alle Interessierten beteiligen und Ideen einbringen können. Das solle ein öffentlicher Erörterungstermin sein, wo es um die Planung gehen soll.

Herr Wiese fragt, aus welchen Mitteln Prof. Valjak bezahlt werde.

Herr Weber verweist auf § 11 Gemeindehaushaltsverordnung NRW.

Herr König erläutert, dass man am Anfang des Planungsprozesses stehe. Für das Kurhaus in Bad Fredeburg stehe für 2015 ein Planungsansatz von 30.000 € bereit, die Stadthalle folge ein Jahr später.

Herr Meyer stellt die Frage, ob die Leistungen von Prof. Valjak der von der B'90/Die Grünen-Fraktion beantragten Chancen- und Risikoevaluation im Zusammenhang mit den geplanten Sanierungen der Stadthalle Schmallenberg und des Kursaals Bad Fredeburg entspreche.

Herr Poggel führt aus, dass das Kurhaus in Bad Fredeburg in die Jahre gekommen sei. Das Dach sei undicht und die Heizung sanierungsbedürftig. Zudem müsse Barrierefreiheit geschaffen werden. Zu 50 % habe die Kurhausbetriebsgesellschaft private Anteilseigner. Diese sowie die Bürgerschaft müssen mit eingebunden werden. Grundsätzlich solle die Halle in Bad Fredeburg so bleiben wie sie sei. Es solle nur kleinere Veränderungen geben. Dafür sei kein Manager erforderlich. Die Halle werde auf Anfrage vermarktet. Sie sei eine Halle für die Bürgerschaft.

Herr Halbe schlägt vor, den Punkt zur Tagesordnung der ersten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in 2015 zu nehmen. Mit Herrn Guntermann als Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Sport, Soziales und Kultur sei noch zu fixieren, ob die Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur oder im Haupt- und Finanzausschuss erfolge.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Meyer, dass zwei große Hallen in zwei Orten nicht sein können, erklärt Herr Poggel, dass man sich den Zuschussbedarf ansehen solle, der durch die Nichtauslastung entstehe.

Auf Nachfrage von Herrn Eickelmann nach Veranschlagung im Ergebnisplan teilt Herr König mit, dass die Maßnahme so groß sei, dass sie nach NKF-Richtlinien zu aktivieren sei.

Herr Poggel richtet die Frage an Herrn Meyer, ob er ernsthaft darüber nachdenke, eine Halle in Schmallenberg oder Bad Fredeburg aufzugeben.

Herr Meyer führt aus, dass ein Aufgeben nicht sein müsse. Jedoch sei es hinsichtlich der Marktfähigkeit schwieriger, Veranstaltungen auf zwei Hallen zu verteilen.

Herr Rötz bemerkt, dass er sich nicht vorstellen könne, dass die Bad Fredeburger ihr Schützenfest in Schmallenberg feiern.

Weitere Anträge zum Haushalt 2015 und Wortmeldungen liegen nicht vor.

Kämmerer König trägt den Beschlussvorschlag für die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015, für den Ergebnis- und Finanzplan für die Jahre 2016 - 2018, für den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 vor, der sodann von Bürgermeister Halbe zur Abstimmung gestellt wird.

Die Stadtvertretung fasst bei 11 Gegenstimmen mehrheitlich folgende Beschlüsse:

#### **a) Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung beschließt die Stadtvertretung folgende Haushaltssatzung:

### **§ 1**

Der **Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015**, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

|                              |              |
|------------------------------|--------------|
| Gesamtbetrag der Erträge auf | 43.796.500 € |
|------------------------------|--------------|

|                                   |              |
|-----------------------------------|--------------|
| Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 45.271.500 € |
|-----------------------------------|--------------|

im **Finanzplan** mit

|                                                                      |              |
|----------------------------------------------------------------------|--------------|
| Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 40.342.300 € |
|----------------------------------------------------------------------|--------------|

|                                                                      |              |
|----------------------------------------------------------------------|--------------|
| Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 41.444.600 € |
|----------------------------------------------------------------------|--------------|

|                                                                                                |             |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 6.992.000 € |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|

|                                                                                                |             |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 9.155.700 € |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|

festgesetzt.

### **§ 2**

**Kredite** für Investitionen werden nicht veranschlagt.

### **§ 3**

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

10.000 €

festgesetzt.

**§ 4**

Die **Verringerung der Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

1.475.000€

festgesetzt.

**§ 5**

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2.500.000 €

festgesetzt.

**§ 6**

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt festgesetzt:

**1. Grundsteuer**

|                                                                             |          |
|-----------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe<br>(Grundsteuer A) auf | 213 v.H. |
|-----------------------------------------------------------------------------|----------|

|                                                |          |
|------------------------------------------------|----------|
| 1.2 für die Grundstücke<br>(Grundsteuer B) auf | 421 v.H. |
|------------------------------------------------|----------|

|                         |          |
|-------------------------|----------|
| <b>2. Gewerbesteuer</b> | 414 v.H. |
|-------------------------|----------|

**§ 7**

Entfällt.

**§ 8**

Entfällt.

**b) Beschluss des Ergebnis- und Finanzplans für die Jahre 2016- 2018**

Die Stadtvertretung beschließt den Ergebnisplan für die Jahre 2016 - 2018 mit einem Saldo von

-875.100 € für 2016

-503.100 € für 2017

31.900 € für 2018

und den Finanzplan für die Jahre 2016 - 2018 mit einem Saldo von

-1.634.000 € für 2016

-1.433.500 € für 2017

28.000 € für 2018

### **c) Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2015**

Die Stadtvertretung beschließt den Stellenplan in der vorgelegten Fassung unter Einbeziehung der mit Vorlage IX/162 dargelegten Änderung.

#### **TOP 4      Wirtschaftsplanentwürfe der Stadtwerke Schmallenberg - Betriebszweige Wasserversorgung, Stadtentwässerung und Bürgerbusverkehr - für das Wirtschaftsjahr 2015      IX/116**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Betriebsausschuss.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

#### **A) Stadtwerke Schmallenberg Betriebszweig Wasserversorgung:**

1. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 wird wie folgt festgesetzt:
  - a. Ergebnisplan  
Der Ergebnisplan schließt ab mit einem Jahresverlust von 289.500 €.
  - b. Finanzplan  
Der Finanzplan schließt ab mit einer Änderung des Bestandes an Finanzmitteln von - 18.950 €.
2. Kredite werden in Höhe von 780.000 € veranschlagt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 250.000 € festgesetzt.
4. Die Stellenübersicht wird in der Fassung des Wirtschaftsplanentwurfes festgesetzt.

#### **B) Stadtwerke Schmallenberg Betriebszweig Stadtentwässerung:**

1. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 wird wie folgt festgesetzt:

a. Ergebnisplan

Der Ergebnisplan schließt ab mit einem Jahresüberschuss von 11.900 €.

b. Finanzplan

Der Finanzplan schließt ab mit einer Änderung des Bestandes an Finanzmitteln von  
- 18.000 €.

2. Kredite werden in Höhe von 1.230.000 € veranschlagt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 250.000 € festgesetzt.
4. Die Stellenübersicht wird in der Fassung des Wirtschaftsplanentwurfes festgesetzt.

### **C) Stadtwerke Schmallenberg Betriebszweig Bürgerbusverkehr:**

1. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 wird wie folgt festgesetzt:
  - a. Ergebnisplan  
Der Ergebnisplan schließt ab mit einem Jahresergebnis von 0 €.
  - b. Finanzplan  
Der Finanzplan schließt ab mit einer Änderung des Bestandes an Finanzmitteln von  
- 100 €.
2. Kredite werden nicht veranschlagt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000 € festgesetzt.

### **TOP 5      Entwurf der Stellungnahme der Stadt Schmallenberg zum Entwurf des Teilplans Energie im Regionalplan Arnsberg      IX/146**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Herr Halbe erläutert, dass am 11.12.2014 eine weitere Ratssitzung stattfindet, die diese Thematik aufnimmt. Der Entwurf der Stellungnahme ist den Ratsmitglieder mit Vorlage IX/146 sowie deren Ergänzung zugegangen. Er fragt, ob dazu heute Diskussionsbedarf besteht. Nachdem keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, schlägt er vor, den Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, diesen Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen.

### **TOP 6      Einrichtung des Gemeinsamen Lernen an allgemein bildenden Schulen der Stadt Schmallenberg      IX/160**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung stimmt der Einrichtung des Gemeinsamen Lernens an der Katholischen Grundschule Schmallenberg, der Katholischen Grundschule Bad Fredeburg und der Christine-Koch-Schule, Gemeinschaftshauptschule der Stadt Schmallenberg, zu.

Die Stadtvertretung beschließt, die Voraussetzungen für die Einrichtung des Gemeinsamen Lernens am Städtischen Gymnasium und an der Erich Kästner-Realschule im Rahmen der Schulentwicklungsplanung für die Sekundarstufe I zu schaffen. Abhängig davon wird die Stadtvertretung später über die Erteilung der Zustimmung entschieden.

**TOP 7            SauerlandBAD GmbH**  
**- Anpassung des Betriebsführungsentgeltes und Änderung des**  
**Betriebsführungsvertrag** **IX/137**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2015 das Betriebsführungsentgelt an die SauerlandBAD GmbH auf jährlich 520.000 € festzusetzen und § 4 Satz 2 des Betriebsführungsvertrag in Form eines Nachtragvertrags entsprechend zu ändern.

**TOP 8            Erlass einer 3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt**  
**Schmallenberg für die Erhebung von Elternbeiträgen für die**  
**Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder und die**  
**Inanspruchnahme von Leistungen der Kindertagespflege** **IX/128**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage und deren Ergänzung dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Jugendhilfeausschuss. Herr Frisse erläutert die als Tischvorlage verteilte Ergänzung zur Vorlage auf Grundlage des Vorschlags des Jugendhilfeausschusses, die Elternbeiträge im ersten Schritt nicht um 11 %, sondern um 8 % anzuheben und einer Veränderung der Gewichtung der neuen Einkommensstufen. Der geänderte Satzungsentwurf ist der Ergänzungsvorlage vom 03.12.2014 beigelegt.

Herr Wiese erklärt, dass die UWG-Fraktion der Meinung sei, dass eine Erhöhung der Beiträge um 8 % im unteren Bereich zu viel sei. Die Änderung der Gewichtung bei den Einkommensstufen im oberen Bereich habe er nicht verstanden.

Frau Lutter führt aus, dass das Thema im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden sei. Bekannt sei der Aufschrei in den Nachbarkommunen bei der Diskussion um die Elternbeiträge. Der Jugendhilfeausschuss sei mehrheitlich der Meinung, dass es eine gewisse Schmerzgrenze bei den Elternbeiträgen der oberen Einkommensstufen geben soll. Der im ersten

Satzungsentwurf enthaltene Höchstbetrag von 500 € sei zu viel. Deshalb sei die Bitte an die Verwaltung gerichtet worden, eine moderate Erhöhung und Gewichtung nahe 400 € als Höchstbetrag in der Beitragstabelle zu berücksichtigen.

Herr Wiese gibt zu bedenken, dass die Eltern aus den hohen Einkommensgruppe die Beiträge von der Steuer absetzen können.

Frau Lutter stellt klar, dass die Elternbeiträge steuerlich nicht absetzbar seien, jedoch sei eine Lohnumwandlung durch den Arbeitgeber möglich.

Herr Meyer legt dar, dass man bei Erreichen der 450 €-Grenze überlegen könnte, eine Nanny einzustellen und das Kind zu Hause betreuen zu lassen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass Herr Halbe den Beschlussvorschlag der Ergänzungsvorlage vom 03.12.2014 zur Abstimmung stellt.

Bei 14 Gegenstimmen mehrheitlicher Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Ergänzungsvorlage vom 03.12.2014 zur Vorlage IX/128 als Anlage 1 beigefügten Entwurf der 3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Schmallenberg für die Erhebung von Elternbeiträgen für die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder und die Inanspruchnahme von Leistungen der Kindertagespflege als Satzung.

## **TOP 9      Auf- und Ausbau des Netzwerkes Frühe Hilfen**

**IX/130**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Rat der Stadt Schmallenberg unterstützt den Auf- und Ausbau des Netzwerkes Frühe Hilfen. Über die weitere Entwicklung des Netzwerkes ist der Jugendhilfeausschuss in regelmäßigen Abständen zu informieren.

## **TOP 10      Dreistufiges ABC-Konzept auf Kreis-, Stadt- und Standortebene**

**IX/165**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, dem dreistufigen ABC-Konzept auf Kreis-, Stadt- und Standortebene zuzustimmen und stellt die Kosten für die Stufen 1 und 2 beginnend mit dem Haushaltsjahr 2015 zur Verfügung. Weiterhin stimmt die Stadtvertretung der interkommunalen Zusammenarbeit mit der Gemeinde Eslohe im Bereich der Umsetzung des ABC-Konzeptes mit der vorgeschlagenen Kostenteilung zu.

**TOP 11      Änderung des Rezesses der Umlegung der Grundstücke der Feldmarken Arpe-Kückelheim -A 289- vom 06.12.1924      IX/150**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, die Satzung über die Änderung des Rezesses über die Umlegung der Grundstücke der Feldmarken Arpe-Kückelheim vom 06.12.1924 -A 289- zu erlassen und den Weg Gemarkung Berghausen Flur 19 Flurstück 87 auf einer Teilfläche von ca. 121 m<sup>2</sup> einzuziehen sowie eine neue Wegefläche aus dem Grundstück Gemarkung Berghausen Flur 19 Flurstück 19 in Größe von ca. 121 m<sup>2</sup> zu übernehmen.

**TOP 12      Änderung des Rezesses in der Umlegungssache Westfeld vom 06.12.1933 - Az. W 533 - Satzungsbeschluss      IX/159**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, die Satzung über die Änderung einer Wegezweckbestimmung und Änderung des Rezesses in der Umlegungssache Westfeld vom 06.12.1933, Az. W 533, zu erlassen und das Grundstück Gemarkung Oberkirchen, Flur 44, Flurstück 51 in Größe von 1.025 m<sup>2</sup> einzuziehen.

**TOP 13      Überörtliche Prüfung der Stadt Schmallenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW      IX/167**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss.

Herr Halbe informiert, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Prüfungsbericht zur Kenntnis genommen habe und die Verwaltung beauftragt worden sei, sich mit den Empfehlungen auseinanderzusetzen und dem Rechnungsprüfungsausschuss für die Sitzung im Herbst kommenden Jahres eine Zusammenfassung der Empfehlungen und der jeweils hierzu vorgesehenen Behandlungsweise bzw. umgesetzten Maßnahme vorzulegen. Der Stadtvertretung werde einstimmig vorgeschlagen, das Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung nimmt das Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.

**TOP 14      Jahresabschluss 2013**

**a) Feststellung des Jahresabschlusses**  
**b) Verwendung des Jahresergebnisses**  
**c) Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW IX/157**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss.

Herr Halbe berichtet über das Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Rat der Stadt Schmallenberg fasst in gemeinsamer Abstimmung zu 1.1 und 1.2 und separater Abstimmung zu 1.3 jeweils einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1.1 Der Rat der Stadt Schmallenberg stellt die Bilanz zum 31.12.2013 mit der ausgewiesenen Bilanzsumme von 177.681.898,45 € sowie die Ergebnisrechnung 2013 mit dem ausgewiesenen Jahresüberschuss von 23.304,85 € fest und genehmigt die mit Anlage zur Vorlage IX/157 zur Kenntnis und Genehmigung dargelegten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen.
- 1.2 Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss von 23.304,85 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
- 1.3 Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister Entlastung für das Haushaltsjahr 2013.

Bürgermeister Halbe hat an der Beschlussfassung zu 1.3 gemäß § 40 Abs. 2 letzter Satz GO NRW nicht mitgestimmt.

**TOP 15      Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 3. Quartal 2014      IX/133**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die in Anlage 1 zur Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis. Die in Anlage 2 zur Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Die Stadtvertretung genehmigt darüber hinaus den außerplanmäßigen Aufwand über eine Kostenerstattung an den Hochsauerlandkreis in Höhe von 73.997 €.

**TOP 16      Verschiedenes**

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

